

Prof. Dr. Hegewald (PDS):

Herr Minister! In der weiteren Entwicklung wird die Orientierung auf ökologische Marktwirtschaft immer wieder in den Mittelpunkt kommen. Meine Frage: Welches Konzept hat das Wirtschaftsministerium, um Produktion und Konsumtion ökologisch zu orientieren und diesen Prozeß auch ökonomisch zu erzwingen?

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte, der Herr Minister hat das Wort.

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Ministerium für Wirtschaft ist in den letzten Monaten daran gegangen, die ordnungspolitischen Faktoren und Gesetzmäßigkeiten zur Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu sichern. Und mit diesen ordnungspolitischen Faktoren setzen wir gleichzeitig die Maßstäbe für eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft.

Indem wir eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten aus der Bundesrepublik hier bei uns einführen, setzen wir eigentlich für alle, die hier produzieren, und auch für den Konsumtionsbereich die notwendigen Maßstäbe, daß das auch ökologisch orientiert passiert.

Im einzelnen gibt es darüber hinaus natürlich die Strukturanpassung für unsere Volkswirtschaft, die, wie Sie wissen, im Staatsvertrag in diesem Jahr mit 7 Mrd. und im nächsten Jahr mit 10 Mrd. angesetzt ist. Für diese Strukturanpassung gibt es eine unter meiner Leitung geführte Regierungskommission zur Strukturanpassung, die ganz spezielle Territorien und Schwerpunkindustriestrukturen umfaßt, wobei ich natürlich die Bereiche, die der Umweltminister zu vertreten hat, hier erstmal etwas ausklammern möchte.

Bei der künftigen Investitionspolitik - und das ist ja vor allen Dingen Strukturanpassung - setzen wir also auf solche Produktionstechnologien und -verfahren, die umweltverträglich sind. Dazu gehört beispielsweise die Autoindustrie,

(Heiterkeit)

um das an diesem Beispiel deutlich zu machen, weil das sowohl Produktion ist, also Arbeitsplätze schafft, - zur Zeit leider nicht und auch die Konsumtionssphäre betrifft.

Wir haben zwei Konzepte für das Überleben der beiden wichtigsten Automobilstandorte in der DDR, nämlich, wie Sie wissen, den sächsischen und westsächsischen Raum für die bisherige Trabantherstellung.

Hier muß unbedingt eine entsprechende Strukturanpassung erfolgen. Dasselbe gilt natürlich auch für Thüringen, Eisenach, für den Ersatz des Wartburg. Anhand dieses Beispiels möchte ich sagen, daß wir eine Investitionsdurchführung und Strukturanpassung vornehmen, beginnend mit einem Projektkonzept, das nach dem, was mir bisher vorliegt, Ende Juli beginnen wird. In Sachen VW, zusammen mit Sachsenring, läuft das also so ab, daß wir 1993 die Endgröße der Produktion mit einem neuen Auto unter Beachtung einer Reorganisation der gesamten Zulieferindustrie erreicht haben. Dazu gehört eben auch die gesamte Innenausstattung, die Fahrzeugelektronik, bis hin zur Innenausstattung mit Textilien. Das werden wir umweltverträglich gestalten. Diese Autos werden außerdem mit dem neuesten Katalog ausgerüstet sein. Insofern ist das ein Beispiel, wie wir über Strukturanpassung an die Lösung dieser Aufgaben herangehen.

(Nicht zu verstehender Zuruf bei Bündnis 90/Grüne)

In der Textilindustrie - wenn Sie noch ein Beispiel haben wollen - haben wir das Problem - und da möchte ich jetzt nicht auf die eigentliche Textilindustrie eingehen, sondern auf die Vorstufe, die Chemiefaserindustrie. Die Chemiefaserindustrie ist in ih-

rer Dimension - wenn man den EG-Raum betrachtet - von einer zu großen Dimension und hat auch zum überwiegenden Teil verschlissene Anlagen. Hier wird es notwendig sein, zu reduzieren; denn besonders in der Viskosefaserherstellung stammen diese Anlagen aus den Jahren 1913 oder 1920 und sind absolut umweltschädlich. Es sind im Januar bzw. im März schon Anlagen reduziert bzw. stillgelegt worden, und wir sind jetzt drauf und dran, hierfür ebenfalls Strukturkonzepte zu erarbeiten, um sowohl die nicht umweltverträglichen Anlagen - das geht weiter in der Viskosefaserherstellung - als auch bestimmte Anlagen für die Herstellung von Polyacrylnitril - um dieses Beispiel bei Fasern zu nennen - einzustellen und dafür in der Textilfaserherstellung die Produktion anderer Erzeugnisse zu forcieren. Das geht ebenfalls in ein Strukturkonzept ein, das wir gegenwärtig haben.

Was die Leichtindustrie anbelangt, so haben wir in der Regierungskommission allerdings erst 3 Konzepte, und zwar für das Projekt Leinefelde - die verehrten Abgeordneten vom Bündnis 90/Grüne werden diesen Standort im Eichsfeld vielleicht kennen -, wir haben dann das Projekt „Fortschritt“ Berlin - das werden Sie vielleicht etwas näher kennen - und wir haben den Standort Schuhkombinat Weißenfels - wenn Sie das noch interessiert. Auch das ist eine Sache, die wir jetzt mit den entsprechenden Maßnahmen gestalten werden. Hier gibt es Formen von Joint ventures und andere Möglichkeiten, so daß wir einen Teil dieser Schuhindustrie sicherlich der sozialen Marktwirtschaft öffnen werden, aber ein Teil wird nicht zu halten sein.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Es kommt jetzt der Geschäftsbereich des Ministers für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft. Ich bitte den Abgeordneten Voigtländer von der SPD, die Frage Nr. 24 zu stellen.

Voigtländer (SPD):

Herr Minister! In den Städten und Gemeinden der DDR sind Einrichtungen für die Bauleitplanung nicht ausreichend oder gar nicht vorhanden. Eine kurzfristig wirksame Änderung dieses Zustandes ist nicht absehbar. Wie wird gewährleistet, daß mit Inkrafttreten des Staatsvertrages und dessen Anlage 9 irreparable Schäden hinsichtlich der Architektur, der Landschaft, der Städte und Gemeinden und des Umweltschutzes vermieden werden?

Dr. Viehweger, Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft :

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemäß den Forderungen des Staatsvertrages zur Harmonisierung des Baurechtes hat mein Ministerium eine Bauplanungs- und -Zulassungsordnung erarbeitet, die nächste Woche dem Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt wird und darauf gerichtet ist, die Selbstverwaltung der Gemeinden entsprechend der Kommunalverfassung der DDR einerseits und geordnete städtebauliche Entwicklungen in den Gemeinden andererseits zu gewährleisten. Die Bauplanungs- und -Zulassungsverordnung wird für die Belange der Regionalplanung durch ein Einführungsgesetz zur Übernahme des Raumordnungsgesetzes der Bundesrepublik, das auch nächste Woche zur Entscheidung ansteht, vervollständigt.

Damit können die Teile der Baugesetzgebung der Bundesrepublik in der DDR zum 1. Juli in Kraft gesetzt werden, die die Gemeinden in die Lage versetzen, fundierte Entscheidungen gegenüber Investoren zu treffen und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit bei der weiteren geordneten städtebaulichen Entwicklung zu erhalten.

Ich möchte ergänzen, daß wir den Gemeinden dazu Empfehlungen in Form eines Handbuchs geben, um ihnen auch die Handhabung dieser Gesetzgebung zu erleichtern. Dieses Handbuch ist bereits im Druck.

(Vereinzelt Beifall)